

Debatte um Wohnungsnotstand

Großfamilie hat nur zwei Zimmer: Harsche Kritik an Nein zu Wohnungsnot in Innsbruck



In den vergangenen Jahren wurde in Innsbruck immer wieder wegen der Wohnungsnot demonstriert.

© Thomas Böhm

Sonntag, 4.08.2024, 12:05

Das Land sagt, in Innsbruck gibt es keinen Wohnungsnotstand. Dafür hagelt es nun auch vom „Bündnis gegen Armut und Wohnungsnot“ und der ÖH Uni Innsbruck harsche Kritik.

Innsbruck – 2315 Personen oder 1,74 Prozent der Innsbrucker Bevölkerung haben einen konkreten Wohnungsbedarf. Zu wenig, um in der Landeshauptstadt den Wohnungsnotstand zu verordnen, befand das Land

Tirol – die TT berichtete. Nach der harschen Kritik aus der Stadtpolitik folgen nun soziale Einrichtungen und die ÖH der Uni Innsbruck.

Das „Bündnis gegen Armut und Wohnungsnot – Tirol“ schildert in seiner Aussendung einen besonderen Härtefall: Drei schulpflichtige Kinder und ihre Eltern leben in einer Zweizimmerwohnung mit 60 Quadratmetern. Es gibt keine Rückzugsorte, keine Privatsphäre. Die Bausubstanz der Wohnung ist schlecht, die Wände sind ständig feucht. Der befristete Mietvertrag läuft in acht Monaten aus.

Hunderte Betroffene nicht erfasst

Diese prekäre Situation sei kein Einzelfall, sondern nur ein Beispiel von vielen, die für die Berechnung des Wohnungsnotstandes vom Land nicht berücksichtigt wurden. So seien alle Personen, die die Kriterien für einen Anspruch auf eine Stadtwohnung nicht erfüllen, nicht herangezogen worden. Dazu gehören zum Beispiel Personen, die noch keine fünf Jahre in Innsbruck leben.

Die rund 800 Personen, die im vergangenen Jahr in den Innsbrucker Notschlafstellen, Wohnungslosenunterkünften und Frauenhäusern leben, wurden ebenfalls nicht erfasst. Auch nicht die vielen Menschen, die sich an Beratungsstellen der Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe wenden. Allein bei lilawohnt in Innsbruck, einem Sozialverein für Frauen, sind jährlich rund 300 Frauen und bis zu 100 Kinder statistisch als wohnungslos erfasst.

„800 Euro für weniger als 30 Quadratmeter ist mittlerweile leider keine Ausnahme mehr.“

Magdalena Melcher (DOWAS)

„Der Großteil der Wohnungssuchenden braucht keine sozialarbeiterische Unterstützung, sondern lediglich eine leistbare Wohnung“, sagt Magdalena Melcher von der Sozialberatungsstelle DOWAS. Die wohnpolitischen

Versäumnisse der Vergangenheit von Land und Gemeinden führen dazu, dass nicht nur Menschen mit geringem Einkommen um die wenigen leistbaren Wohnungen am privaten Wohnungsmarkt konkurrieren. Auch für Familien seien diese kaum zu finden.

„800 Euro für weniger als 30 Quadratmeter ist mittlerweile leider keine Ausnahme mehr. Das sind Verhältnisse, die Armut hervorbringen und manifestieren“, sagt Magdalena Melcher weiter. Zu lange sei der Fokus auf der Schaffung und Sanierung von Eigentum gelegen, zu wenig auf der Schaffung von leistbaren Mietwohnungen.

„Leistbares Wohnen kann nur über leistbares Mieten und über gemeinnützigen Wohnbau erreicht werden.“

Julia Schratz (lilawohnt)

„Gutes Wohnen, leistbares Wohnen, ist die Basis für Gesundheit, Bildung, Stabilität, Sicherheit und vieles mehr“, sagt Julia Schratz von lilawohnt.

„Leistbares Wohnen kann nur über leistbares Mieten und über gemeinnützigen Wohnbau erreicht werden. Die Hebel sind bekannt, es gilt sie entsprechend anzusetzen.“

Das Land sei immer sehr zurückhaltend gewesen, wenn es darum ging, im Rahmen der überörtlichen Raumordnung Eingriffsmöglichkeiten in die Gemeindeautonomie zu nutzen bzw. zu schaffen. „Eine langjährige Forderung von sozialen Einrichtungen nach landesweit einheitlichen Mindeststandards und verbindlich umzusetzenden Wohnungsvergaberichtlinien mit dem Fokus auf Menschen mit einem dringenden Wohnbedarf – auch über Gemeindegrenzen hinweg – wurde nicht umgesetzt.“

Kritik auch von der ÖH

Bestürzt zeigte sich die ÖH Uni Innsbruck über die Entscheidung der Landesregierung. Die Entscheidung basiere auf einer Berechnung, die den tatsächlich Wohnungsbedarf der InnsbruckerInnen – und insbesondere der Studierenden – nicht ausreichend berücksichtige. „Es ist inakzeptabel, dass die Bedürfnisse der Studierenden in dieser Rechnung komplett außer Acht gelassen wurden“, sagt Sophia Neßler, Vorsitzende der ÖH Uni Innsbruck.

Auch Daniel Seifert, Referent für Heime und Wohnen der ÖH, zeigte sich verärgert. „Tagtäglich kommen verzweifelte Studierende zu uns in die Beratung, weil sie sich die hohen Mieten in Innsbruck nicht leisten können.“
(smo)

Mehr zum Thema:



Zu wenig Wohnbedarf

[Land erteilt Innsbruck Abfuhr: Kein Wohnungs-Notstand in Landeshauptstadt](#)



Debatte um Wohnungsnotstand

[Innsbruck floppt beim Baugrund, Dornauer verteidigt Nein zu Wohnungsnot](#)

Für Sie im Bezirk Innsbruck unterwegs:

Michael Domanig

michael.domanig@tt.com

+4350403 2561

Verena Langegger

verena.langegger@tt.com

+4350403 2162

Renate Perktold

renate.perktold@tt.com

+4350403 3302